

Internationale Freigeistige Rundschau 2/2023

Europa

Deutschland

(5750) **Pielenhofen** bei Regensburg. Der einstige Wallfahrtsort Pielenhofen ist erneut in die Schlagzeilen geraten, diesmal jedoch nicht wegen des dortigen Internats (nebst Grundschule) der Regensburger Domspatzen, das von Schülern einst wegen der Missbräuche und Gewalttätigkeiten von Kirchenleuten als "die Hölle" oder als "Konzentrationslager" bezeichnet wurde, was 2013 zur Auflösung der Schule führte.

Aufsehen erregte nun, dass im Eingangsbereich der Klosterkirche ein Schaukasten "zur Ehre der Gefallenen und Vermissten von Pielenhofen" angebracht ist, in dem bis vor kurzem ein Foto von Josef Kollmer in SS-Uniform hing: Der gebürtige Pielenhofener befehligte als SS-Obersturmführer die Wachmannschaften im KZ Auschwitz-Birkenau. Er entschied mit, wer von den dort Ankommenden sofort umgebracht und wer zu Schwerstarbeit eingesetzt wurde. Überdies nahm er selbst Erschießungen im "Todesblock" von Auschwitz vor. Dafür wurde er 1947 zum Tode verurteilt und im Januar 1948 gehängt.

Von all dem erfuhren und erfahren Besucher der Klosterkirche nichts. Auch das zuständige Bistum Regensburg gab keine Auskunft, warum der Kriegsverbrecher so lange ein ehrenvolles Gedenken erhielt, stimmte aber der Entfernung des Fotos nunmehr zu, nachdem ein aufmerksamer Leser die SZ auf den Skandal hingewiesen hatte. Auf der Gedenktafel direkt vor der Kirche bleibt der Name des Massenmörders jedoch vorerst weiterhin präsent. (*Süddeutsche Zeitung*, 12.12.22)

(5751) **Berlin**. Das Land Berlin darf Lehrerinnen nicht pauschal das Tragen von Kopftüchern verbieten. Eine Beschwerde gegen dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichts hat das Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen. Damit steht das Berliner Neutralitätsgesetz auf der Kippe, das jegliches Tragen religiöser Symbole untersagt hatte. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.2.23)

(5752) **Hannover**. Die *Evangelische Kirche Deutschland (EKD)* hat laut ihren vorläufigen statistischen Daten für 2022 einen Jahresverlust von rund 575.000 Mitgliedern ausgewiesen. 2021 lag der Rückgang bei "nur" 511.000, der gleichwohl der bis dahin höchste Schwund aller Zeiten war. Da die Einwohnerzahl 2022 auf rund 84,3 Millionen stieg, machen die rund 19,15 Millionen verbliebenen Protestanten nur noch rund 22,7 Prozent der Bevölkerung aus. Ende 2021 waren es noch 23,7 Prozent.

Die Zahl der evangelischen Kircheng Austritte ist gegenüber dem Vorjahr um rund 100.000 auf 380.000 gestiegen. Die Zahl der verstorbenen Kirchenmitglieder nahm nur geringfügig zu, die Zahl der getauften Säuglinge erreichte hingegen wieder das Vor-Corona-Niveau. Daher erhöhte sich der Gesamtverlust 2022 nur um 64.000. (Mitteilung der *EKD* vom 7.3.23)

Die katholische Kirche hat noch keine offiziellen Zahlen bekanntgegeben, doch wird von einem Mitgliederverlust von 600.000 bis 650.000 ausgegangen. Demnach würde der Katholikenanteil von 26 auf 24,9 Prozent zurückgehen.

(5753) **Berlin**. Mit Begeisterung reagierte das Erzbistum Berlin auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag des Bundeslands, den Religionsunterricht als Wahlpflichtfach einzuführen. Wer nicht daran teilnimmt, muss einen Alternativunterricht besuchen.

Allerdings soll die Neuregelung erst ab der Jahrgangsstufe sieben gelten; in den ersten sechs Schuljahren soll also alles beim Alten bleiben. Am schon existenten Fach Ethik als ordentlichem Lehrfach wollen die Berliner Koalitionäre festhalten. Erzbischof Koch erteilte der großen Koalition sogar den ausdrücklichen „Segen“ des Erzbistums. Im einzelnen begrüßt Koch, dass Kirchen in dem Dokument „als bereichernde Partner im Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewürdigt werden“. Das sei eine wichtige Wertschätzung des Engagements kirchlicher Akteure in Berlin. „Hierbei erfolgt schon jetzt in vielen Fällen eine intensive Zusammenarbeit mit Menschen, die anderweitig oder nicht religiös orientiert sind.“ Auch finanziell sei der Koalitionsvertrag für die Kirchen äußerst lukrativ. „Da bisher lediglich ein Teil der Personalkosten erstattet wurden, begrüßen wir ausdrücklich, dass die Koalition ankündigt, die Schulträger auch beim Unterhalt und etwaiger Sanierung von Gebäuden zu unterstützen.“ (Pressemitteilung des Erzbistums Berlin, 3.4.23; *Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg, 16.4.23)

(5754) **München.** Nach Angaben zahlreicher katholischer Geistlicher wird das Sakrament der Beichte in Deutschland so gut wie nicht mehr nachgefragt. Äußerer Anlass sei die Corona-Pandemie gewesen, während der der Besuch des Beichtstuhls vorübergehend untersagt war. Dass auch danach fast niemand zum Bekennen von Sünden kam, wird auf das als antiquiert empfundene Unterwerfungsritual der traditionellen Beichte zurückgeführt. Zudem entfalle heute jeder soziale oder moralische Druck zur traditionellen Ohrenbeichte zu gehen. Früher sei sie "als ein angstbesetztes Disziplinierungsmittel eingesetzt worden, wie der Rektor der Münchner Jesuitenkirche in einem Aufsatz schrieb. Andere weisen darauf hin, dass genau jene Generation kirchentreuer Traditionalisten am Aussterben sei, für die diese Form des Sündenbekenntnisses selbstverständlich gewesen sei. (*Süddeutsche Zeitung*, 6.4.23)

(5755) **Augsburg.** Eine Analyse der Kirchenaustritte in Augsburg-Stadt (rund 304.000 Einwohner) und dem relativ großen Landkreis Augsburg-Land (rund 255.000 Einwohner) brachte ein überraschendes Ergebnis. Zwar kehrten 2022 im Stadtbereich mit 4.415 etwas mehr Menschen der Kirche den Rücken als in Augsburg-Land mit 4.167, in Relation zur Einwohnerzahl waren es im Landkreis aber rund 15 Prozent mehr. Auch bei den deutlich niedrigeren Austrittszahlen für 2021 (2963 bzw. 2777 Austritte) ergab sich das gleiche Verhältnis. Bei genauerer Betrachtung wiesen die direkt an Augsburg grenzenden Kommunen (also der sog. Speckgürtel) eine um rund 25 Prozent höhere Austrittsquote auf als die Großstadt, aber die weiter entfernten, deutlich ländlicheren Gemeinden lagen im Durchschnitt auch nicht unter dem Augsburger Niveau. (*Augsburger Allgemeine*, Landkreisausgabe, 6.4.23; Recherchen der MIZ-Redaktion)
Zusatzmeldung: In den ersten vier Monaten 2023 traten in Augsburg 1300 Personen aus, also rund zehn Prozent weniger als 2022, aber deutlich mehr als in jedem anderen Jahr.

(5756) **Freiburg.** Die Ergebnisse diverser Missbrauchsstudien haben bestätigt, dass immer noch neue, bisher nicht bekannte Täter und Opfer festgestellt wurden, so z.B. in Freiburg. Der 600 Seiten starke Untersuchungsbericht für das Bistum hat für besonders große Betroffenheit gesorgt, weil der ehemalige Erzbischof Freiburgs, Robert Zollitsch, von 2008 bis 2014 auch Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz war. Die Betroffeneninitiative Eckiger Tisch bescheinigte Erzbischof Zollitsch (2003-2014), er habe mit „hoher krimineller Energie ... über Jahrzehnte Verbrechen seiner Priester an hunderten von Kindern und Jugendlichen vertuscht und vor der Justiz verborgen

gehalten“. Er habe zwar im Februar 2010 Betroffene um Vergebung gebeten, doch wisse man erst jetzt, dass er selbst der Vertuschung schuldig gewesen sei. Dafür, dass er weltliches wie kirchliches Recht gebeugt habe, werde er allerdings nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können. „Ein schwarzer Tag für den Rechtsstaat“, so die Initiative, der auch die exemplarische Vorstellung von 24 Fällen in anonymisierter Form nicht weit genug geht. Dabei komme aus „Sicht von Betroffenen ... die konkrete Aufklärung von Verbrechen zu kurz“. (Zollitsch lehnte übrigens eine Stellungnahme ab, gab aber diverse staatliche Auszeichnungen und Verdienstkreuze zurück.)

Namen von Tätern und Beschuldigten hätten veröffentlicht werden sollen und konkrete Aufarbeitung müsse auch mithilfe von staatlichen Institutionen weitergehen, so die Forderung des Eckigen Tisches, der auch der Justiz in der Vergangenheit ein „nachlässiges und nachsichtiges Verhalten“ vorwirft. Johannes Norpoth, Sprecher des Betroffenenbeirats bei der Bischofskonferenz, sprach von „perversem Verhalten und Handeln“. Es sei alleine um Machterhalt und Systemsicherung gegangen: „Da zählt das vernichtete Leben eines Kindes keinen Cent.“

Unterdessen sprach sich auch die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Kerstin Claus, dafür aus, die Rolle des Staates bei der Aufarbeitung sexueller Gewalt zu stärken. Der Bericht mache „erneut und sehr schonungslos deutlich“, dass es zu lange vor allem um den Schutz der Institution Kirche gegangen sei. Dem stimmt die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs zu. Ihrer Ansicht nach müsse der Staat eine größere Rolle bei der Aufklärung spielen. Kommissionsmitglied Heiner Keupp forderte, Betroffenen den Zugang zu Akten sowie einen Anspruch auf Auskunft und auf Beratungsangebote zu garantieren. (KNA, 18. u. 20.4.23)

Die Münchner Sozialwissenschaftlerin Helga Dill hat bei der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) der katholischen Kirche geraten, Renten an Missbrauchsbedroffene zu zahlen. Im Rahmen der Aufarbeitung der Taten sei es wichtig, „nennenswerte Summen“ an die Betroffenen zu überweisen. Viele Opfer von Missbrauch hätten eine prekäre Berufsbiografie.

Freiburg ist bisher das einzige der 27 Bistümer in Deutschland, das besonders schwer Betroffene mit einer Art monatlicher Grundversorgung von 200 bis 800 Euro unterstützt. Die Soziologin bezeichnete es als Irrtum, dass mit bloßen Gutachten die Aufarbeitung abgeschlossen werden könne. Vielmehr fange der Prozess der Aufarbeitung mit Aufklärungsstudien erst an. „Da stehen alle Bistümer noch ganz am Anfang.“ (KNA, 7.5.23)

Anm. MIZ-Red.: Auf weitere Berichte aus anderen Bistümern wird hier - bis auf die nachfolgende Ausnahme - verzichtet; das Ausmaß der systematischen und vorsätzlichen Vertuschung und Verheimlichung von Verbrechen durch Bischöfe wurde in der Presse ausführlich dargestellt und führte vereinzelt zu Rücktritten wie etwa in Osnabrück. Bemerkenswert ist auch die Aussage des vorzeitig abgetretenen Erzbischofs Schick von Bamberg, der in seiner Kirchenzeitung (*Heinrichsblatt*, 19.3.23) von "sechs bis acht Prozent" Sexualstraftätern im Priesterrock sprach. Nach Bekanntwerden der neuen Fälle ist wohl von 7,5 bis zehn Prozent auszugehen.

(5757) **Berlin.** Das Erzbistum Berlin informierte am 21. April in einer eigenen Mitteilung von einer Serie besonders brutaler Sexualverbrechen. Eine mindestens 12-köpfige kriminelle Vereinigung von Diözesanpriestern und Ordensfrauen hat in den 1960er Jahren gemeinsam sexualisierte Gewalt an Kindern geplant und durchgeführt. Die Zahl der Opfer (wie auch der TäterInnen) steht noch nicht fest, das Erzbistum bittet weitere Betroffene, sich zu melden.

Gegenüber den Kindern seien die Priester und die Ordensfrauen als Gruppe aufgetreten, hieß es in der Aussendung. Betroffen seien die Westberliner Bezirke

Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf gewesen. Die beteiligten Ordensfrauen gehörten zwei Kongregationen an: den Armen Schulschwestern *Unserer Lieben Frau* und den *Schwestern der heiligen Elisabeth* (graue Schwestern). Inzwischen wurde auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Das Erzbistum konnte bisher erst sechs beschuldigte Priester und sechs Ordensschwestern identifizieren, sie seien überwiegend verstorben bzw. hochbetagt. Die beiden noch lebenden seien mit den Vorwürfen konfrontiert worden.

Die Recherche über das kirchliche Missbrauchs-Netzwerk in Westberlin kam nach der Veröffentlichung eines Gutachtens ins Rollen. Die Erhebung „Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich des Erzbistums Berlin seit 1946“ wurde im Sommer 2021 publiziert. Aufgrund von Aussagen Betroffener habe sich gezeigt, dass drei der darin vermerkten Fälle im genannten Zusammenhang stünden, hieß es in der aktuellen Mitteilung. (Pressemitteilung der Erzdiözese Berlin, 21.4.23)

(5758) **Hannover.** Die beiden großen Kirchen in Deutschland müssen sich laut einem Positionspapier von hochrangigen Kirchenverwaltungsexperten mittelfristig von jeweils rund 20.000 Immobilien trennen. Vornehmlich seien Pfarr- und Gemeindehäuser betroffen, die immer seltener bewohnt werden, aber relativ hohe Grundkosten verursachen.

Auch Kirchen drohe der Abriss, soweit der Denkmalschutz dies zulasse. Von den 42.500 Sakralbauten beider Konfessionen stehen Expertenbericht rund 80 Prozent unter dem Schutz des Denkmalrechts. Seit den 1990er Jahren seien bereits 1.200 Kirchen aufgegeben worden. 278 davon wurden abgerissen. (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 2.5.23)

(5759) **Frankfurt.** Die Kritiker der vom Bundesverfassungsgericht im Februar 2020 als Grundrecht definierten Suizidbeihilfe haben ihren Widerstand offenbar teilweise aufgegeben und finden sich mit der aktuellen Rechtslage ab. Der frühere Vorsitzende des Deutschen Ethikrates und evangelische Theologe Peter Dabrock, die Palliativmedizinerin Claudia Bausewein, der Staatsrechtler Wolfram Höfling und der evangelische Theologe Reiner Anselm schrieben in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, "Die Regelung der assistierten Selbsttötung bedarf keiner weiteren gesetzlichen Interventionen".

Keiner der drei dem Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe helfe Menschen, die einen Suizid erwägen, in ihrer „existenziell schwierigen Lage“. Aus Sicht der Ethikexperten birgt das in den drei Gesetzentwürfen vorgesehene mehrstufige Beratungsverfahren die Gefahr, ins Gegenteil umzuschlagen: Es könnte zu einer Normalisierung der Suizidbeihilfe durch Bürokratisierung kommen. Der Aufbau eines Beratungssystems würde zudem viel Geld kosten und viel Personal binden. Für eine bundesgesetzliche Regelung bestehe auch deshalb kein Bedarf, weil es trotz der sehr liberalen Regelung in den vergangenen drei Jahren nicht zu unverantwortlichen Praktiken im Zusammenhang mit der Suizidassistenz gekommen sei. Schon jetzt mache sich ein Sterbehelfer strafbar, wenn er bei einer Selbsttötung helfe, die erkennbar nicht freiverantwortlich sei. (*Frankfurter Allgemeine*, 8.5.23)

Anm. *MIZ*-Red.: Falsch ist allerdings die Behauptung der christlichen Ethiker, Suizidwillige hätten mittlerweile ausreichend Möglichkeiten, um ihren Sterbewunsch mit Hilfe Dritter durchzusetzen. Dazu bräuchte es einen leichteren Zugang zu geeigneten Mitteln wie z.B. dem in der Schweiz rezeptpflichtigen Natriumpentobarbital.

Frankreich

(5760) **Paris.** Die französischen Freidenker ehrten die letzte Person, die in Frankreich wegen Blasphemie hingerichtet wurde, mit einem Denkmal, das im Pariser Montmartre-Viertel vor der Basilika Sacré-Cœur aufgestellt wurde. Der französische Adelige Jean-François Lefèbvre, Chevalier de la Barre, war nur 20 Jahre alt, als er 1766 in der nordfranzösischen Stadt Abbeville öffentlich gefoltert und danach verbrannt wurde. Voltaire setzte sich vehement für seine Freilassung ein, doch auch er konnte die Hinrichtung nicht verhindern. Sie beruhte auf fragwürdige Verdächtigungen und letztlich auf der Tatsache, dass de la Barre dem Glauben nicht viel abgewinnen konnte. Der Tod von de la Barre wurde so über Grenzen hinweg zum Symbol für den schädlichen Einfluss von Religion und Kirche auf Staat und Gesellschaft.

Besonders die französischen Freidenker hielten das Ansehen des Chevaliers de la Barre über die Jahrhunderte lebendig. 1905, als in Frankreich auch das Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat verabschiedet wurde, weihten sie das Modell einer Statue von de la Barre auf einem Freidenker-Kongress ein und stellten eine danach gegossene Bronzestatue im Folgejahr vor der Basilika Sacré-Cœur auf. 1941 wurde die Statue zusammen mit anderen nicht-religiösen Statuen gestürzt und auf Geheiß des mit den Nazis kollaborierenden Vichy-Regimes eingeschmolzen.

Über 80 Jahre später konnte die französische Freidenker-Vereinigung *Fédération nationale de la Libre Pensée* nun endlich ihren Plan umsetzen, den letzten Menschen, der in Frankreich wegen Blasphemie hingerichtet wurde, mit einer Statue vor der gleichen Basilika zu ehren. (*Humanistischer Pressedienst*, 17.5.23)

Großbritannien

(5761) **London.** Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Parlaments von England und Wales hat ein umfassendes Konsultationsverfahren eingeleitet, um die Legalisierung des assistierten Suizids zu prüfen. Im Vereinigten Königreich wird dieser bislang mit bis zu 14 Jahren Gefängnis bestraft, auch wenn das Gesetz dann nicht greift, wenn der Betroffene eine freiwillige Entscheidung getroffen hat und die Person, die ihm beim Sterben geholfen hat, beweisen kann, dass sie versucht hat, ihn davon abzubringen.

Die katholische Bischofskonferenz von England und Wales befürwortet größere staatliche Investitionen in die Palliativmedizin anstelle der Legalisierung des assistierten Suizids, während die meisten weltlichen Interessengruppen das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Menschen in den Vordergrund rücken. Zuletzt wurde in Großbritannien 2015 versucht, den assistierten Suizid zu legalisieren. (*sir* [katholischer Pressedienst], 20.5.23)

Italien

(5762) **Rom.** Die neofaschistisch ausgerichtete Regierung will die Elternschaft von homosexuellen Paaren und speziell die Leihmutterschaft erschweren. Auch die Umsetzung einer EU-Verordnung, wonach im EU-Ausland ausgetragene Leihmutterschaften in den anderen EU-Staaten anerkannt werden, wurde von der rechtsorientierten Parlamentsmehrheit vorerst abgelehnt. Die als neofaschistisch eingestufte Partei *Fratelli d'Italia* hat überdies angekündigt, sich stärker am traditionellen christlichen Elternbild zu orientieren, was ihr von Teilen des italienischen Klerus Beifall einbrachte. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.3.23)

Anm. *MIZ*-Red.: Schon Ende 2022 hatte die rechtskonservative Regierungspartei *Lega* (früher *Lega Nord*) beantragt, Hochzeitspaare sollten sämtliche Kosten der Trauung - vom Hochzeitskleid, dem Friseurbesuch, den Blumen bis zum Restaurantbesuch - steuerlich absetzen können. Aber nur, wenn sie kirchlich

heiraten. Wer sich nur zivil trauen lässt oder gar eine homosexuelle Heirat vollzieht, soll nichts bekommen. Damit wolle die Partei die "natürliche Ordnung der Dinge" wiederherstellen. Dies ging aber selbst dem neofaschistischen Regierungspartner und sogar der katholischen Kirche zu weit, sodass der Antrag schnell wieder verschwand, zumal er von Juristen als offen verfassungswidrig bezeichnet wurde. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.11.22)

(5763) **Rom.** Mit professionell aufbereiteten Botschaften einer erfahrenen Werbeagentur versucht die italienische katholische Kirche ihre Schäflein zur Abgabe von acht Promille der Steuerschuld zu bewegen. Ihr Ziel ist die Einnahme von einer Milliarde Euro um das Heer der italienischen Bischöfe und Priester zu bezahlen. (Allerdings verdient ein Bischof in Italien mit etwa 3000 € monatlich nur halb so viel wie ein einfacher Priester in Deutschland, hat aber normalerweise die Wohnung mietfrei.)

Derzeit bedenken nur 28 Prozent der italienischen Steuerzahler die Kirche mit dieser Pflichtabgabe, 60 Prozent geben bei der Steuererklärung aber überhaupt keinen Empfänger an, sodass die Kirche auch von ihnen anteilig profitiert. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.5.23)

Liechtenstein

(5764) **Vaduz.** Das geltende staatskirchenrechtliche System in Liechtenstein soll neu geordnet und in ein "modernes Religionsverfassungsrecht" überführt werden. Das sieht eine Gesetzesvorlage der Regierung in Vaduz vor. Ziel ist demnach eine Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften, was in dem jetzigen, verwässerten Entwurf allerdings nur noch teilweise realisiert wird.

Gemäß geltendem Recht ist in Liechtenstein bisher nur die römisch-katholische Kirche öffentlich-rechtlich anerkannt, und zwar als „Landeskirche“, wie es die Verfassung festhält. Ihre besondere verfassungsmäßige Stellung soll die römisch-katholische Kirche auch künftig behalten. Das symbolisiere die katholische Tradition und Prägung des Landes weiterhin, heißt es im sogenannten "Vernehmlassungsbericht", den Regierungschef Risch zum Start des dreimonatigen Begutachtungsverfahrens für das neue Gesetz vorgestellt hat. Gleichzeitig soll es jedoch eine Öffnung der Anerkennung für weitere Religionsgemeinschaften geben. Diese müssen sich bislang privatrechtlich organisieren.

Direkt im geplanten neuen Religionsgemeinschaftengesetz soll der Landtag Religionsgemeinschaften ihre Anerkennung zusprechen, bzw. können diese später im Rahmen eines Anerkennungsverfahrens durch die Regierung anerkannt werden. Zu den Religionsgemeinschaften, die gesetzlich anerkannt werden, zählen die reformierte Kirche und die evangelisch-lutherische Kirche. Sie erhalten die Anerkennung, ohne dass sie ein besonderes Verfahren durchlaufen müssen. Mit der Anerkennung sind besondere Rechte verbunden, etwa das Recht, an staatlichen Schulen Religionsunterricht erteilen zu dürfen oder in öffentlichen Anstalten Seelsorge anbieten zu können.

Im Fürstentum Liechtenstein gibt es seit Jahren erfolglose Bemühungen, Kirche und Staat vollständig zu entflechten. Davon sieht die jetzt präsentierte Vorlage, die den Entwurf für das neue Religionsgemeinschaftengesetz sowie die Abänderung der Verfassung und weiterer Gesetze umfasst, nun ab. Damit ist auch der Abschluss eines Abkommens mit dem Heiligen Stuhl vom Tisch. Eine frühere Reformvorlage hatte noch ein solches Konkordat vorgesehen. Dabei hätten alle Gemeinden ihre „althergebrachten vermögensrechtlichen Verflechtungen mit der römisch-katholischen Kirche auflösen sollen“, heißt es im Vernehmlassungsbericht. Zum Hintergrund gehört aber auch der zunehmende Dissens zwischen dem

ultrakonservativen Erzbischof Haas, der eine große Zahl reaktionärer Außenseiter um sich geschart hat, und den etwas moderneren Ansichten von Fürstenhaus und den demokratischen Parteien. (*kathpress*, 12.5.23; *Der Spiegel*, 6.5.23)

Norwegen

(5765) **Trondheim**. Die Bischöfe der nordischen Bischofskonferenz publizierten einen Hirtenbrief, in dem sie die traditionelle Lehre der katholischen Kirche zur menschlichen Sexualität bekräftigten. Sie vermieden zwar eine direkte Absage an Homosexualität und Transgenderismus, doch war die genau ausgeklügelte und monatelang vorbereitete Wortwahl für jeden Kenner eindeutig. "Das Zeichen des Bundes, der Regenbogen, wird in unserer Zeit als Symbol einer politischen und kulturellen Bewegung beansprucht", schreiben die Bischöfe. "Wir erklären jedoch, dass wir nicht einverstanden sind, wenn diese Bewegung eine Sicht der menschlichen Natur vertritt, die von der verkörperten Integrität des Personseins abstrahiert, als ob das körperliche Geschlecht zufällig wäre."

Der norwegische Bischof Erik Varden erläuterte gegenüber ausgewählten Pressevertretern, warum sich die nordische Bischofskonferenz entschlossen hat, zum jetzigen Zeitpunkt einen Brief über Sexualität und Transgenderismus zu veröffentlichen.

Die Bischöfe erörterten das heikle Thema schon auf ihrer Herbsttagung 2022. Varden verfasste einen Entwurf, der ein halbes Jahr später auf der Vollversammlung beschlossen wurde. Allzu konkret wollte er jedoch nicht werden, zu groß war die Angst vor einer öffentlichen Empörung und einer taktisch nicht passenden Diskriminierung von Homosexuellen. "Offensichtlich haben wir das Thema schon lange auf dem Radar, wie jeder andere auch", sagte Varden. "Die Wichtigkeit, etwas Konstruktives zu sagen, war uns klar." (*CNA [Christian News Agency, konservative katholische Nachrichtenagentur]*, 7.4.23)

Österreich

(5766) **Salzburg**. In den Landtag des Bundeslands Salzburg zieht erstmals seit Jahrzehnten eine Partei ein, die konsequent für die Trennung von Staat und Kirche eintritt. Die *KPÖ plus* errang auf Anhieb 11,7 Prozent der Stimmen und vier der 36 Mandate. In der Stadt Salzburg kam sie mit 21,5 Prozent knapp hinter der ÖVP auf den zweiten Platz. Ihren Erfolg verdankt sie vor allem einer pragmatischen Politik für bezahlbares Wohnen, preiswerten öffentlichen Nahverkehr und den Abbau von Privilegien für Wohlhabende und etablierte Institutionen. (*Süddeutsche Zeitung*, 24.4.23)

Polen

(5766a) **Warschau**. Vertuschungsvorwürfe gegen den polnischen Papst lösten in Polen beinahe einen Religionskrieg aus. Johannes Paul II. gilt in Polen auch fast zwei Jahrzehnte nach seinem Tod als moralische Autorität. Ein TV-Bericht lieferte nun allerdings Beweise, dass er von Kindesmissbrauch in der Kirche wusste und dagegen nicht eindeutig genug vorgegangen war. Der private polnische Fernsehsender *TVN*, der seit Jahren über Kindesmissbrauch in der polnischen Kirche und über die Versuche berichtet, die Skandale unter den Teppich zu kehren. Der *TVN*-Bericht bezieht sich auf die 1960er- und 1970er-Jahre, als Wojtyla noch Erzbischof von Krakau war, also vor seiner Wahl zum Papst im Jahre 1978. Die Journalisten dokumentieren drei Fälle von Priestern, die Kinder sexuell missbraucht haben, und danach, zum Teil nach Verbüßung einer Haftstrafe, weiterhin als

Seelsorger arbeiten durften. In einem Fall wurde der straffällige Priester, der darüber hinaus als inoffizieller Mitarbeiter für den kommunistischen Geheimdienst arbeitete, nach Österreich versetzt. Im Film kamen auch mehrere Opfer zu Wort, die meisten anonym. Einer der Betroffenen behauptete, dass er Wojtyla bereits 1973 über die sexuellen Übergriffe eines Priesters informiert habe. Der Erzbischof soll ihn aber gebeten haben, nicht weiter über die Sache zu sprechen.

Die in Polen regierende Vereinigte Rechte erkannte in der Papst-kritischen Sendung ihre Chance, von ihren eigenen Problemen abzulenken. Die Partei *Recht und Gerechtigkeit (PiS)* von Jaroslaw Kaczynski steht nämlich wegen steigender Verbraucherpreise und Korruptionsskandalen unter Druck. Die Papst-Kritik kam daher - ein halbes Jahr vor der Parlamentswahl - als neues Thema wie ein Gottesgeschenk.

Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki nannte die Vorwürfe gegen Karol Wojtyla einen "Versuch, einen zivilisatorischen Krieg in Polen auszulösen". Der Kulturminister Piotr Glinski sagte: "Ein Angriff auf den Papst ist ein Angriff auf Polen, auf die polnische Staatsräson." Ins gleiche Horn stieß der amtierende Erzbischof von Krakau, Marek Jedraszewski. Er sprach vom "zweiten Attentat auf Johannes Paul II." "Heute, da man Johannes Paul II. nicht mehr physisch töten kann, versucht man, die Erinnerung an ihn zu töten", betonte der erzkonservative Geistliche.

Die *PiS*-Fraktion entwarf im Parlament den Text eines Beschlusses zur "Verteidigung des guten Namens des Papstes". Darin heißt es: "Der Sejm verurteilt entschlossen die schändliche Hetze der Medien, die sich größtenteils auf die Unterlagen des Gewaltapparats der Volksrepublik Polen stützt und die gegen den Heiligen Johannes Paul II., den größten Polen in der Geschichte des Landes gerichtet ist." Bei der Debatte im Sejm hielten *PiS*-Parlamentarier Papst-Porträts hoch.

In Wirklichkeit stellen die Dokumente des kommunistischen Geheimdienstes, die im Institut des Nationalen Gedenkens IPN aufbewahrt werden, nur einen Teil der Beweise dar. Gerichtsunterlagen und Kirchendokumente sowie Aussagen der Opfer spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. "Die *PiS* benutzt zynisch Johannes Paul II. als Instrument zur Erhaltung der Macht. Die Partei rechnet damit, dass sie mit dem Religionskrieg ihre Wählerschaft mobilisiert und sich so die dritte Legislaturperiode sichert", sagt die Publizistin der *Gazeta Wyborcza*, Justyna Dobrosz-Oracz.

Der aktuelle Papst beschwichtigt: "Du musst die Sachen in ihrer Zeit einordnen. (...)" In damaligen Zeiten wurde alles vertuscht. Erst als der Boston-Skandal ausbrach, begann die Kirche das Problem anzuschauen", sagte Franziskus im Interview mit der argentinischen Zeitung *La Nacion*.

Die polnischen Bischöfe erklärten in einer ersten Reaktion, eine gerechte Bewertung der Entscheidungen und der Tätigkeiten von Karol Wojtyla bedürfe "weiterer Archivrecherchen". Solche Recherchen durch unabhängige Historiker sind jedoch faktisch unmöglich. Erzbischof Jedraszewski, der über den Zugang zu Kirchen-Archiven entscheidet, hat alle Personalakten unter Verschluss gestellt. Gesperrt sind sogar die Dossiers von Personen, die seit 50 Jahren und mehr tot sind. (*Deutsche Welle*, 14.3.23)

(5766b) **Warschau.** Inzwischen hat sich der polnische Primas und Erzbischof Polak nach einem Bericht mit neuen Recherchen zu Missbrauch für Fehlverhalten im Umgang mit Missbrauchsoffern umfassend entschuldigt. „Es ist beschämend, dass wir jahrzehntelang das Unrecht und ihr Leid nicht wahrgenommen haben. Dafür möchte ich mich noch einmal entschuldigen“, so der 58-Jährige, der bei der Polnischen Bischofskonferenz auch für den Schutz von Kindern und Jugendlichen zuständig ist. Die Kirche sei „oft naiv“ mit den Missbrauchstätern umgegangen. Hintergrund der Erklärung ist ein Bericht der Tageszeitung *Rzeczpospolita* vom Donnerstag, wonach vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1989 in Polen laut einer

Schätzung mindestens 1.100 Minderjährige von Geistlichen oder Laien in der katholischen Kirche sexuell missbraucht worden sind. Unabhängige Experten wollen nun die Kirchenarchive durchforsten.

Journalisten der Zeitung hatten in staatlichen Archiven laut dem Bericht festgestellt, dass die Behörden der kommunistischen Volksrepublik mindestens 117 katholische Geistliche und zwei Laien des Kindesmissbrauchs beschuldigten. 72 von ihnen seien verurteilt und elf freigesprochen worden. In den übrigen Fällen seien die juristischen Verfahren entweder aus zweifelhaften Gründen eingestellt worden oder der Ausgang sei unklar. Manche Geistliche wendeten dem Blatt zufolge ihre Bestrafung ab, indem sie zusagten, mit dem kommunistischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Es sei „schockierend, wie oft das Wohl der Kinder von den Diensten des totalitären Staates missachtet wurde, die das Leid der Kinder ausnutzten, um die Täter als Kollaborateure der kommunistischen Sicherheitskräfte anzuwerben“, kommentierte der Erzbischof.

In den untersuchten Fällen bestrafte die Kirche die Täter laut der Zeitung häufig nicht angemessen. Nur ein Priester sei aus dem Klerikerstand entlassen und ein Ordensmann aus seinem Orden ausgeschlossen worden. Ein Seminarist habe das Priesterseminar verlassen müssen. Manche Priester hätten später in anderen Pfarreien weitere Verbrechen begangen, so die *Rzeczpospolita*. Sie geht davon aus, dass etwa 300 katholische Geistliche in der Volksrepublik Kinder missbrauchten. Polak würdigte die „enorme Arbeit“ der Journalisten. „Diese Studie bestätigt die Notwendigkeit weiterer archivarischer Forschungen in der Kirche“, so der polnische Primas. Er wolle dafür der Bischofskonferenz bei ihrer nächsten Vollversammlung im Juni ein Konzept vorlegen, so der Erzbischof. Polak weiter: „Ich hoffe, dass Untersuchungen unabhängiger Experten der Kirche in Polen zu einer ehrlichen Aufarbeitung der Vergangenheit verhelfen werden, die den historischen und gesellschaftlichen Kontext berücksichtigt.“ Dies erwarteten die Menschen, denen Leid zugefügt worden sei. Der Schritt sei für die Kirche notwendig, um das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Polens katholische Bischöfe hatten im März beschlossen, demnächst ein unabhängiges Expertenteam zu berufen, das sich mit dem Kindesmissbrauch durch Geistliche in der Vergangenheit befassen soll. Polak betonte, die Kirche wende sich aktuell etwa mit einer landesweiten Informationskampagne an die von sexualisierter Gewalt Betroffenen, um ihnen vor allem psychologische und seelische Hilfe zukommen zu lassen: „Wir bemühen uns, sie zu finden.“ (*episkopat.pl/KNA*, 21.5.23)

Portugal

(5767) **Lissabon.** Mit einer deutlichen Mehrheit hat das portugiesische Parlament der Legalisierung von aktiver Sterbehilfe zugestimmt. Nach Spanien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg wäre Portugal damit das fünfte EU-Land, in dem die aktive Sterbehilfe (einschließlich der in Deutschland oder der Schweiz strafbaren "Tötung auf Verlangen") nicht mehr unter Strafe stünde. Staatspräsident Marcelo Rebelo de Sousa kündigte an, das Gesetz gemäß der Verfassung innerhalb von acht Tage für gültig zu erklären.

Es handelt sich bereits um den fünften Entwurf für ein solches Gesetz. Portugals sozialistischer Ministerpräsident Antonio Costa hatte vor drei Jahren erstmals den Versuch unternommen, die aktive Sterbehilfe in Portugal zu entkriminalisieren. Er wollte Menschen, die unter extremen Schmerzen litten und unheilbar krank seien, die „Freiheit und Würde geben“, selbst zu entscheiden, wie sie sterben möchten. Staatsoberhaupt Rebelo de Sousa legte jedoch zwei Mal sein Veto gegen die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ein. Der praktizierende Katholik betonte mehrfach, generell gegen die Gesetzesinitiative zu sein, begründete sein Veto aber

stets mit „Unklarheiten“ im Gesetzestext - beispielsweise bei der Definition von Schmerz. Ein anderes Mal kritisierte Rebelo de Sousa, es sei im Entwurf nicht ausreichend festgelegt, wer wie beschließen kann, ob alle Kriterien für einen „medizinisch unterstützten Suizid“ erfüllt seien. In zwei weiteren Fällen sprach sich das Verfassungsgericht wegen ähnlicher Mängel gegen den Gesetzentwurf aus. Laut der portugiesischen Verfassung ist der konservative Staatspräsident nach dem zweimaligen Gebrauch seines Vetorechts nun allerdings verpflichtet, den Mehrheitsbeschluss des Parlaments zu akzeptieren.

Die konservative Oppositionspartei PSD und die rechtspopulistische Chega-Partei, die sich im Parlament nicht gegen die sozialistische Mehrheit durchsetzen konnten, kündigten unterdessen an, erneut gegen die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe klagen zu wollen. Die katholischen Bischöfe des Landes hatten zu Jahresbeginn nochmals ihren Protest gegen die geplante Legalisierung zum Ausdruck gebracht. (KNA, 13.5.23)

Schweden

(5768) **Stockholm.** Einen Koran anzuzünden ist in Schweden als Ausdruck der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit erlaubt, stellte das zuständige Verwaltungsgericht in Stockholm fest. Kurz zuvor hatte ein Rechtsextremist vor der türkischen Botschaft ein Koran-Exemplar verbrannt, was heftige Proteste und Diskussionen auslöste. Wegen der gestiegenen Terrorgefahr hatte die Polizei eine Wiederholung verboten. Dagegen hatte u.a. der Exil-Iraker Salwan Monika geklagt, der ein weltweites Verbot des Koran wegen Unmenschlichkeit forderte, aber auch Gegner eines NATO-Beitritts. (*Süddeutsche Zeitung*, 6.4.23)

Schweiz

(5769) **Zürich.** Beschäftigte der staatlichen Schweizer Rundfunkanstalt *SRF*, die im Fernsehen zu erkennen sind, dürfen keine Kreuze mehr tragen. „Sichtbare religiöse Symbole sind bei Moderatorinnen und Moderatoren von Nachrichtensendungen bei *SRF* nicht vorgesehen.“ Grund für die Klarstellung war der Halsschmuck einer Nachrichtensprecherin, die ein kleines Kruzifix um den Hals trug. Sie solle darauf künftig verzichten. Als Begründung beruft sich *SRF* auf seine publizistischen Leitlinien: „Informationssendungen sind sachlich und analytisch. *SRF*-Mitarbeitende wahren Distanz zu allen Ideologien und Interessengruppen.“

Wie nicht anders zu erwarten, äußerten sich Kirchenvertreter nicht erfreut. Der *SRF* konterte kurz und knapp: „Wir halten es nicht für angemessen, weshalb wir darauf verzichten.“ (*Vatican News*, 24.3.23)

Spanien

(5770) **Madrid.** Die spanischen Priesterseminare werden immer leerer. Die Gesamtzahl der Priesteramtskandidaten erreicht im akademischen Jahr 2022/23 zum ersten Mal die Zahl von 1000 nicht mehr; es sind nur noch 974. Erstmals ist auch die Zahl der Neulinge unter 200 (172) gesunken, und die Zahl der Priesterweihen beträgt weniger als hundert (97). Der Trend ist schon seit Jahren rückläufig. 2002/03 gab es fast 1700 Seminaristen; mehr als 350 traten ein und fast 200 wurden zum Priester geweiht. 2016/17 sank die Zahl der Priesteramtskandidaten erstmals unter 1300.

Die Bischöfliche Unterkommission für die Priesterseminare erklärte, es sei "die Säkularisierung und die Bindungslosigkeit vieler junger Menschen zu berücksichtigen, die sich auch in anderen statistischen Daten widerspiegelt, wie z.B.

in der sinkenden Zahl der kirchlichen Eheschließungen". (Mitteilung der spanischen Bischofskonferenz CEE, 17.3.23)

Ukraine

(5771) **Münster/Kiew.** Der Ukraine-Krieg hat die religiösen Konflikte in dem Land laut Osteuropaforscher Bremer weiter verschärft. „Umfragen zeigen, dass viele orthodoxe Gläubige sich nicht mit einer der Kirchen im Land, die bereits im Konflikt standen, identifizieren wollen, sondern sich 'einfach orthodox' nennen“, sagte der katholische Theologe. Zwar habe sich die ukrainisch-orthodoxe Kirche, die zuvor zur russischen Kirche gehörte, nach Beginn des Angriffskrieges für unabhängig erklärt. Sie stünde aber bei vielen Menschen im Verdacht, pro-russisch zu sein. „Als Friedensstifterin fallen beide Kirchen aus“, resümierte Bremer. (*Evangelischer Pressedienst*, 12.1.23)

Vatikan

(5772) **Vatikanstadt.** Der Heilige Stuhl hat fünf deutschen Bischöfen auf Anfrage mitgeteilt, dass es für Bischöfe weder eine Teilnahmepflicht an Treffen des sogenannten "Synodalen Wegs" gibt noch gar ein Recht auf Einrichtung eines auf Dauer angelegten "Synodalen Rates". Letzterer dürfe auch nicht auf Bistumsebene eingeführt werden, wie der Papst-Botschafter in Deutschland den Bischöfen nochmals klar machte. Die Schaffung solcher Strukturen sei ausschließlich dem Vatikan vorbehalten, auch die Treffen des Synodalen Wegs hätten keinerlei offizielle Legitimation. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.3.23)

(5773) **Vatikanstadt.** Der Jesuitenpater Paul Zollner, einer der engagiertesten Kämpfer für die Prävention und Aufarbeitung von Kindesmissbrauch, hat die 2014 vom Papst ins Leben gerufene Kommission für den Schutz von Minderjährigen verlassen und ihrer Arbeit ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Es gebe dort "strukturelle und praktische Probleme", die ihm eine weitere Mitarbeit unmöglich mache. So sei die ursprünglich unabhängige Kommission 2022 jener Kurienabteilung unterstellt worden, die früher "Glaubenskongregation" hieß und noch früher Inquisitionsbehörde war, ohne dass klar war, nach welchen Regeln die Kommission überhaupt noch arbeiten konnte. Zollner ist weiterhin Direktor des Instituts für Anthropologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana. (*Süddeutsche Zeitung*, 31.3.23)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

(5774) **Washington.** US-Präsident Biden hat ein Gesetz zum Schutz der gleichgeschlechtlichen Ehe unterzeichnet. Diese Materie ist zwar Sache der einzelnen Bundesstaaten, aber diese müssen nun alle in anderen Staaten geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen anerkennen. Das Repräsentantenhaus hatte dem Gesetz mit 258 zu 169 Stimmen zugestimmt, d.h. es müssen auch Republikaner dafür votiert haben. (Informationsbrief 335 der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, S. 5 vom März 2023)

Der Kampf um die Abtreibung geht teilweise aber auch in die andere Richtung, denn konservative Richter und Staatsanwälte versuchen das Präparat Mifepriston (auch bekannt als "Pille danach") zu kriminalisieren und in konservativen Bundesstaaten zu

verbieten. Das Oberste Gericht lehnte einen Antrag auf Verbot des Mittels aber vorerst ab; zuerst müsse ein entsprechendes Verfahren alle unteren Instanzen durchlaufen. (*Augsburger Allgemeine*, 18.3.23; *Süddeutsche Zeitung*, 24.4.23)

(5775) **Oakland**. Wegen Hunderter kostspieliger Missbrauchsklagen hat die kalifornische Diözese Oakland offiziell Insolvenz angemeldet. Wegen der hohen Klageforderungen sei es notwendig, die finanziellen Ressourcen "neu zu ordnen". Hintergrund der aktuellen Klagewelle ist ein seit 2019 in Kalifornien gültiges Gesetz, das die Verjährungsfristen bei sexuellem Kindesmissbrauch weitgehend abgeschafft hat. Dadurch konnte eine dreistellige Zahl von Zivilklagen gegen das Bistum zugelassen werden. Die kalifornischen Diözesen San Diego und Sacramento signalisierten daraufhin, dass sie in den nächsten Monaten ebenfalls gezwungen sein könnten Insolvenz anzumelden. (*KNA*, 9.5.23)

Afrika

Kenia

(5776) **Nairobi**. Der selbsternannte Anführer der *Good News International Church*, Pastor Paul Mackenzie, hat seine Anhänger zum Todesfasten aufgerufen, um „Jesus zu begegnen“. Offensichtlich wurden aber auch zahlreiche Personen ermordet. Seit Ende April fanden Polizisten mehr als 200 Leichen im südöstlichen Bezirk Kilifi. Dort hatte sich Mackenzie mit seinen Gläubigen in einer Siedlung verschanzt, ehe er in Haft kam.

Die kenianische katholische Bischofskonferenz verlangt nun strengere Gesetze, aber nur gegenüber evangelikalen Sekten: „Hätte es einen wirksamen Mechanismus gegeben, der Religionen reguliert, hätte der lange Arm des Gesetzes Pastor Mackenzie davon abgehalten, Kenianer in den Massensuizid zu führen“. Bereits zuvor hatte Kenias Innenminister strengere Kontrollen von Religionsgemeinschaften gefordert. Beide denken aber weder an eine konsequente Trennung von Staat und Kirchen noch an eine Überprüfung, wieweit auch die großen Religionen intern die allgemeinen Menschenrechte beachten. Dabei geben die Bischöfe selbst zu, dass die bisher vorgesehene "Selbstregulierung der Religionsgemeinschaften" nicht funktioniert. (*KNA*, 25.4.23)

Uganda

(5777) **Kampala**. Das ugandische Parlament hat die schon bisher ungewöhnlich strenge Gesetzgebung gegen Homosexualität weiter verschärfte. Demnach sind nicht nur sexuelle Handlungen zwischen Personen gleichen Geschlechts verboten, sondern auch die Identifizierung als homosexuell, queer oder transgender. Darüber zu publizieren ist ebenfalls verboten. Wer von Personen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen weiß, soll gezwungen werden, diese anzuzeigen. Dies gilt sogar für Familienangehörige oder befreundete Personen.

Hinter dieser Gesetzgebung stehen vor allem einige in Uganda besonders einflussreiche evangelikale Kirchen, die ihren Hauptsitz in den USA haben.

Menschenrechtsorganisationen wie *Human Rights Watch* und *Amnesty International* sehen die Gefahr von Massenverhaftungen von betroffenen Personen und eines Anstiegs von Erpressungen. Sie fordern Präsident Museveni auf, das Gesetz nicht zu unterschreiben. Bereits vor dem neuen Gesetzesentwurf gab es Erpressungen, die die Zahlung von Geldsummen einforderten, um eine Anzeige wegen Homosexualität

zu unterlassen. (*Süddeutsche Zeitung*, 24.3.23; *Humanistischer Pressedienst*, 27.3.23)

Asien

Volksrepublik China

(5778) **Shanghai**. Der chinesische Staat hat entschieden, einen katholischen Bischof zu versetzen, ohne den Vatikan darüber zu informieren oder gar seine Zustimmung einzuholen. Der Heilige Stuhl erfuhr darüber erst einige Tage später aus den Medien und akzeptierte offenbar, dass die katholische Kirche Chinas faktisch vom Staat dirigiert wird.

Bischof Shen Bin, bisher Pfarrer von Haimen, wurde zum neuen Bischof der Diözese Shanghai berufen. Der Heilige Stuhl sei „bereits vor einigen Tagen über die Entscheidung der chinesischen Behörden“, den Bischof zu versetzen, informiert worden und habe „heute Morgen aus den Medien von der erfolgten Einsetzung erfahren“, berichtete der Leiter des vatikanischen Presseamts, Matteo Bruni, in einer Mitteilung an Journalisten. Im Moment habe er „nichts über die Einschätzung des Heiligen Stuhls in dieser Angelegenheit“ zu sagen. (*Radio Vatikan*, 4.4.23)

Japan

(5779) **Tokio**. Aus dem Jahresbericht 2022 der japanischen Agentur für kulturelle Angelegenheiten geht hervor, dass zwar offiziell immer noch fast 80 Prozent der Bevölkerung gleichzeitig Buddhisten und Shintoisten sind, doch nimmt auch dort das Interesse der jungen Generation an Religion deutlich ab. Einzig die Zahl der Christen steigt minimal auf 1,9 Millionen (1,6 Prozent der 125 Millionen Einwohner), wobei die größte Gruppe, die Katholiken, in 2021 auf 431.000 geschrumpft ist. (*Vatican News*, 16.5.23)

Pakistan

(5780) **Peschawar**. Der neuerliche Lynchmord durch einen islamischen Mob, dem sogar ein muslimischer Kleriker wegen angeblicher Blasphemie zum Opfer fiel, hat vor allem die religiösen Minderheiten aufgeschreckt. Die Behörden seien hilflos, Gesetzlosigkeit greife um sich, schildert ein Augenzeuge. Missbrauch der Blasphemiegesetze sei zur Norm geworden. „Der Mob fällt ein Urteil und exekutiert das Opfer“, so ein christlicher Religionsführer. „Selbst die Strafverfolgungsbehörden scheinen machtlos zu sein“.

Blasphemie ist eine schwere Straftat im sunnitisch-islamischen Pakistan. Das Gesetz sieht dafür die Todesstrafe vor. In den vergangenen Jahrzehnten wurden Hunderte Personen wegen Blasphemie angeklagt und einige zum Tode verurteilt. Dabei genügte schon das Trinken aus einem Brunnen oder eine unliebsame Kurznachricht als Grund. Kein einziges Todesurteil wurde bisher aber behördlich vollstreckt. Hingegen wurden zwischen 1985 bis 2022 nach Informationen von *Uca News* mindestens 86 Menschen wegen angeblicher Blasphemie Opfer von Selbstjustiz durch fanatische Horden. Davon waren 50 Muslime, 25 Christen, 7 Anhänger der islamischen Ahmadiyya-Gemeinschaft, ein Hindu und ein Buddhist. Bei zwei weiteren Personen blieb die Religionszugehörigkeit unbekannt. Erst im April 2023 hatte das EU-Parlament einen Missbrauch der Blasphemiegesetzgebung in Pakistan verurteilt. In Pakistan ist der Islam Staatsreligion, 96 Prozent der Einwohner gelten als Muslime, zwei Prozent sind Hindus, 1,5 Prozent Christen. Unbekannt ist allerdings

der Anteil derer, die sich zu keiner Religion bekennen, dies aber aus Selbstschutz verbergen. (*Uca News*, 9.5.23)

(5781) **Islamabad**. In Pakistan hat ein Schiariengericht die fortschrittliche Gesetzgebung für Transmenschen gekippt. Das geltende Gesetz sei nicht vereinbar mit dem Islam, hieß es laut pakistanischen Medien in dem Urteil des Bundes-Schiariengerichts. Damit hätten die Richter einer Klage des konservativen Senators Mushtaq Ahmad Khan von der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami stattgegeben. 2018 hatte die Nationalversammlung mit dem Segen islamischer Kleriker ein Gleichstellungsgesetz für Transsexuelle verabschiedet. Diese konnten fortan entscheiden, ob sie sich in ihre offiziellen Papiere als männlich, weiblich oder als sogenanntes drittes Geschlecht eintragen lassen. Das Gesetz garantierte Transsexuellen darüber hinaus bürgerliche Grundrechte sowie Schutz vor Diskriminierung. Grundlage des Gesetzes war eine Entscheidung des Obersten Gerichts aus dem Jahr 2012 gewesen. Transgender hätten die gleichen Rechte wie alle Bürger, hieß es in dem Urteil. Zudem wiesen die Richter den Gesetzgeber an, in die Ausweispapiere die Kategorie „drittes Geschlecht“ einzuführen. Nun stellte sich aber heraus, dass das vermeintlich "Oberste" Gericht in Wirklichkeit unterhalb des Religionsgerichts anzusiedeln ist. (*Vatican News*, 19.5.23)

Sri Lanka

(5782) **Colombo**. In Sri Lanka hat das Oberste Gericht den Weg für ein Gesetz zur Entkriminalisierung der Homosexualität freigemacht. Allerdings steht die tatsächliche Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament noch aus. Der neue Gesetzentwurf, laut dem die sexuelle Ausrichtung einer Person nicht mehr strafbar sein soll, wurde in drei Petitionen angefochten. Die Behauptung, homosexuelle Handlungen stünden nicht im Einklang mit buddhistischen, hinduistischen, christlichen oder islamischen Religionsüberzeugungen, wies das Oberste Gericht als „unbegründet“ zurück. Es stellte vielmehr fest, dass „alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz haben, unabhängig von ihrer sexuellen Ausrichtung“. Der srilankische Präsident erklärte bereits, seine Regierung werde sich einem Gesetzentwurf nicht widersetzen, der darauf abzielt, einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen zu entkriminalisieren. Der Parlamentssprecher informierte das Parlament offiziell, dass der bereits vorliegende Gesetzentwurf nach Auffassung des Obersten Gerichts in seiner Gesamtheit nicht im Widerspruch zur Verfassung des Landes stehe, in dem Homosexualität noch immer per Gesetz bestraft werden kann. „Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ist ein großer Sieg für die Gemeinschaft und ein weiterer Schritt in Richtung Beendigung der Diskriminierung. Das Thema liegt seit über 25 Jahren auf dem Tisch“, stellte die Gründerin und Geschäftsführerin von *Equal Ground*, fest. Die gemeinnützige Organisation setzt sich für die Rechte von Personen ein, deren Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen von heterosexuellen Normen abweichen. (*Uca News*, 14.5.23)

Südkorea

(5783) **Seoul**. In Südkorea besuchen immer weniger junge Menschen den katholischen Sonntagsgottesdienst. Einer Umfrage des koreanischen katholischen Forschungsinstituts der Bischofskonferenz zufolge besuchen aktuell nur noch 36 Prozent der Katholiken im Alter von 20 bis 30 Jahren die Sonntagsmesse; vor fünf Jahren waren es noch 53 Prozent. Ein Viertel der 1063 Befragten gab an, die Messe

überhaupt nie oder allenfalls in besonderen Ausnahmefällen zu besuchen. Die Bischofskonferenz zeigte sich alarmiert, weil auch die Zahl der Priesterkandidaten stark rückläufig ist. Aber auch unter älteren Katholiken nimmt das Interesse am Gottesdienst ab. In der Provinz Nord-Gyeongang und in Seoul geben inzwischen 59 Prozent der über 50-Jährigen an, nicht an der Sonntagsmesse teilzunehmen. (*Vatican News*, 25.3.23)

Ozeanien

Australien

(5784) **Sydney**. Die Mehrheit der Australier wünscht eine klare Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung. Dies ergab eine Umfrage, die von der *Secular Association of New South Wales* beim renommierten Meinungsforschungsinstitut *YouGov* in Auftrag gegeben wurde.

Die Teilnehmer hatten nur eine Frage zu beantworten: "In Australien gibt es keine formelle Regelung des Verhältnisses von Staat und Religion. Würden Sie eine Verfassungsänderung zur formellen Trennung von Staat und Religion befürworten oder ablehnen?" Rund 53 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Verfassungsänderung aus, nur 13 Prozent sind ausdrücklich dagegen und etwa 33 Prozent sind unentschieden. Abgelehnt wurde sie von der Gruppe der über 65-Jährigen, von den Niedrigverdienern und von Personen mit niedrigem Schulabschluss. Bei Personen mit Universitätsabschluss war hingegen eine überdurchschnittlich hohe Zustimmungsrage von 69 Prozent zu verzeichnen.

Da die Zustimmung höher ist als der Prozentsatz der Konfessionsfreien, ist die Trennung von Staat und Kirche offenbar auch ein Anliegen von religiös gebundenen Menschen. Laut der Volkszählung von 2021 gehören 39 Prozent der 26 Millionen Einwohner keiner Religion an. Dahinter folgen Katholiken (20 %), Anglikaner (9,8 %), Muslime (3,2 %) und Hindus mit 2,7 %. (*Humanistischer Pressedienst*, 14.3.23)